

### Zur Unterstützung der Petition der BI-Bachlertal

#### - Wir fordern eine bessere, politische Regelung der Klärschlammverbrennung in Bayern und sagen "nein" zur geplanten Anlage eines Privatinvestors in Niederbayern -

Neben der geplanten Klärschlammverbrennung an der Straubinger Kläranlage soll im Markt Mallersdorf-Pfaffenberg eine weitere Klärschlamm-Verbrennungsanlage entstehen.  
**Das halten wir nicht für sinnvoll, denn es liegt noch kein bayernweites Konzept vor.**

Wir unterstützen den Protest der BI-Bachlertal und deren Forderung, dass eine gesetzliche Regelung für einen bayernweiten Rahmen zur Klärschlamm-Verwertung geschaffen werden soll.

Aus Sicht des BN ist die Vermeidung von Schadstoffeinträgen in das Abwasser und in die Kläranlage die beste Möglichkeit um den Klärschlamm so rein zu halten, dass er landwirtschaftlich oder zur Bodenverbesserung genutzt werden kann.  
Es fehlen noch Studien, um die Umweltrelevanz der vielen bisher bekannten Verfahren zur Phosphor-Abtrennung aus dem Klärschlamm besser einschätzen zu können.  
Auch in diese Richtungen wären neue Gedankenansätze notwendig.

Jede Verbrennung ist eine Kohlendioxid-Freisetzung und damit eine Klimabelastung. Hinzu kommt noch der Energieverbrauch, der zur Trocknung des Schlammes notwendig ist und der Spritverbrauch beim Transport.  
Je nach dem Schadstoffgehalt des „Brennstoffes“ und der angewandten Filtertechnologie werden weitere schädliche Stoffe freigesetzt.  
Eine Umweltverträglichkeitsprüfung und die Festsetzung des Untersuchungsrahmen ist aus unserer Sicht ganz entscheidend für die Beurteilung eines neuen Anlagenkonzeptes.  
Neben einer Phosphatgewinnung aus den Verbrennungsrückständen gibt es weitere Verfahren, die direkt in den Kläranlagen anzuwenden sind.

Demnach wären aus unserer Sicht folgende Unterstützungen des Landtags notwendig:

- Dem Landtag soll über schon bestehende Zusammenarbeit von Kommunen in Bayern zur Klärschlammbehandlung berichtet werden, und es sollen, soweit noch nicht vorhanden, weitere Verbände initiiert werden.
- Es soll eine bayernweite Koordinierung stattfinden, um sinnvollen Anlagengrößen und Standorte zur Phosphorgewinnung über Verbrennungsanlagen zu ermitteln. Ebenso ist eine Minimierung von Energieeinsatz und Transportwegen zu berücksichtigen.
- Weiterhin sollen Kommunen unterstützt werden, um eigene oder in Zweckverbänden organisierte Anlagen zur Phosphor-Nutzung zu betreiben.

Wir sehen privat errichtete und privat betriebene Anlagen aus der Umweltsicht und finanziellen Gründen grundsätzlich als kritisch an.

Bei einer privaten Anlage ergeben sich folgende Nachteile:

- Die Entsorgungskosten wären teurer als bei einer kommunalen Anlage.
- Private Betreiber können insolvent werden und damit die Entsorgungssicherheit gefährden.
- Gebühren sind für die Bürger/innen nur dann transparent darzustellen, wenn Anlagen von der öffentlichen Hand verwaltet werden.